

Arbeitsgemeinschaft Haus der Offenen Tür NRW begrüßt die kinder- und jugendpolitischen Positionen der neuen Landesregierung

Wahlversprechen eingehalten

Die Arbeitsgemeinschaft Haus der Offenen Tür NRW (AGOT-NRW) als landesweite Interessenvertretung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, die sich in zwei erfolgreichen Volksinitiativen für die gesetzliche Absicherung der Kinder- und Jugendförderung und für die bedarfsgerechte Erhöhung des Kinder- und Jugendförderplans eingesetzt hat, begrüßt, dass die neue Landesregierung und die sie tragenden Parteien die Kraft gefunden haben, ihren Wahlkampfversprechen entsprechende Taten folgen zu lassen.

Wir begrüßen, dass die Jugendpolitik wieder zu einem eigenständigen und zentralen Politikfeld wird. Die AGOT-NRW wird an der Erarbeitung des neuen Kinder- und Jugendförderplans für diese Legislaturperiode konstruktiv im Interesse der Kinder und Jugendlichen mitwirken.

Die geplante 25-prozentige Erhöhung des landesweiten Kinder- und Jugendförderplans wird auch in den Kommunen und Landkreisen wichtige kinder- und jugendpolitische Impulse auslösen. Die verbesserten finanziellen Rahmenbedingungen für die Kinder- und Jugendarbeit werden auch dazu führen, dass die pädagogische Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen ihrem Bildungsauftrag noch effektiver nachkommen kann.

Die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit als anerkannter Bestandteil der sozialen Infrastruktur sind Orte der Freizeitgestaltung und der Bildung und benötigen entsprechende sozialpädagogische Fachkräfte, die diese Aufgaben für die Kinder und Jugendlichen in unserem Bundesland wahrnehmen.

Wir brauchen dringend mehr „öffentliche Mütter und Väter“, die im Sozialraum und in den Einrichtungen förderliche Prozesse für Kinder und Jugendliche mit und ohne Zuwanderungsgeschichte initiieren und gestalten. Aus diesem Grund brauchen wir im neuen Kinder- und Jugendförderplan eine Erhöhung der Strukturförderung für die Einrichtungen und für die sozialpädagogischen Fachkräfte.

Weiterhin sollten die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in die Vernetzungsprozesse der Kommunalen Bildungslandschaften bzw. der Regionalen Bildungsnetzwerke miteinbezogen werden.

Besonders begrüßen wir, dass die neue Landesregierung die finanzielle Entwicklung in einem besonderen Bereich der Kinder- und Jugendhilfe wahrnimmt und thematisiert, nämlich den Bereich der Hilfen zur Erziehung und die Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen.

In diesem Zusammenhang unterstützen wir den Grundsatz, dass Prävention in der Familie und vor Ort im Stadtteil beginnt. Eine verbesserte Prävention wird dazu führen, dass die finanziellen Ressourcen weniger in die Krisenintervention, sondern vermehrt in die Förderung von Kindern und Jugendlichen gesteckt werden können. Das wird besonders die kommunalen

Kassen entlasten und führt zu neuen Handlungsmöglichkeiten im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik.

gez. Hans-Jürgen Dahl
(Vorsitzender)

gez. Norbert Kozicki
(stellv. Vorsitzender)